

bulletin

RUB Bochum

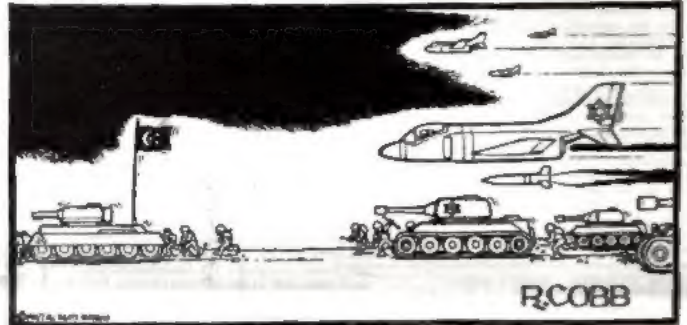
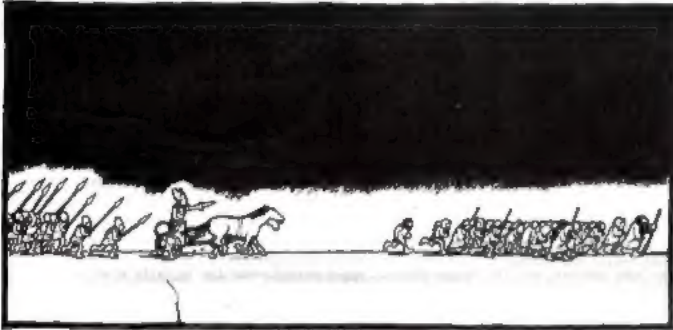
Inst. & Gd. d. Arbeiterbew.

EX 3026

DAS ORGAN DER ANARCHISTISCHEN BADISCHEN FÖDERATION

JAHRGANG 1977

NUMMER 16



LOS ANGELES FREE PRESS - JUNE 9, 1967



Inhalt:

seite 2: Kommentar zum zeitgeschehen
regionale umschau:

terrorismusfahndung à la Baden-Württemberg
solidarität ala geschichte; antwort auf
einen leserbrief des unterstützungskomitees
Nationalisten und Faschisten sammeln sich!

seite 3: dokumentarische Übersicht nationalistischer

und faschistischer literatur

seite 4: überregionales
russel-tribunal unter beschuß
angriffe gegen Nürnberger knastgruppe

seite 5: ANARCHO-SYNDIKALISMUS
materialien zur spanischen revolution

seite 7: gründungserklärung der initiative für eine
FREIE ARBEITER UNION.

seite 8: nachrichten aus Griechenland

Kommentar zum Zeitgeschehen:

Begin und Anwar-el Sadat treffen sich in Israel! Was selbst Kenner der politischen Lage im Nahen Osten kaum glauben wollten, vollzog sich dieser Tage vor unseren Augen.

Der Chef der arabischen Regierung Sadat, welcher vor drei Jahren noch demonstrierende Studenten und Arbeiter für den "sozialistischen Aufbau" zusammenknüpfeln ließ, wußte ihm die sowjetische Regierungshandlung brüderliche Unterstützung, Gedächtnis und der Terrorist Begin, der die Morde an Engländern und Arabern (Frauen und Kindern) heute noch für den nationalen Aufbau als wichtig und unerlässlich sieht und sich rühmt für diesen nationalen Aufbau des Staates Israel mit der Waffe in der Hand gegen alle Feinde gekämpft zu haben und heute den national-klerikalen Likud-Block anführt, der die religiösen Grundlagen des Judentums als Grundlagen für die jüdische Gesellschaft und den israelischen Staat durchsetzen will, sie beide vollführen eines der besten Beispiele der letzten Jahre.

Begin, der aus dem Recht der Bibel ableitet und Sadat, der sich auf die Ordnung des Schlagschlags stützt haben mehr gemeinsam als nur das Recht und Ordnungdenken. Verbrüderung unter Nationalisten ist in Krisenzeiten zwischen verschiedenen Nationen keine Seltenheit, sondern Regel.

Begin und Sadat können sich auf ihre gut funktionierende Unterdrückungs- und Ausbeutungssysteme stützen, und erhalten noch vom Großteil der unterdrückten und ausgebeuteten ihrer Länder beifall, da alle Menschen im Nahen Osten Frieden wollen. Doch der Friede im Nahen Osten zwischen Israel und Ägypten ist nichts anderes als die "friedliche Koexistenz" zwischen Ost- und Westblock um ihre Klassenherrschaft im Inneren des eigenen Landes zu festigen und auszubauen.

Das Geschrei und Getöse anderer Nationalisten über den "Verrat Sadats an der arabischen Sache", bedeutet nichts anderes, als das sie, allen voran die palästinensische Befreiungsorganisation, und allen Phrasen zum Trotz immer noch daran glauben eines Tages "die Juden ins Meer treiben" zu können.

Die Begegnung Begin-Sadat vermittelt den Anschein, als hätte einer der vielen Krisenherde unserer Erde an Spannung verloren; - doch der Schein trügt! Solange die sozialen Fragen nicht beantwortet sind, solange Ungerechtigkeit und somit Ausbeutung und Unterdrückung nicht restlos beseitigt sind, solange können sich Regierungschefs und Präsidenten, Führer und Sprecher, Minister und Abgeordnete auf Tausenden von Konferenzen gegenseitige Versicherungen geben, und dennoch können sich die Völker selbst keinen Schritt näher. Die Menschen selbst, gleich welcher Sprache, Rasse und Kultur müssen die Menschen jenseits der Grenzen als ihre Brüder und Schwestern begreifen, nur diese Einheit ist unverbrüchlich.

Doch dazu muß alles Nationaldenken fallen, muß den Gedanken der Internationalen, der universellen Menschheit Platz machen, muß die Menschheit das Joch der Fremdbestimmung durch Unterdrückung und Ausbeutung abschütteln! Und erst wenn diese Träume und Wünsche Wirklichkeit sind, erst dann wird es nicht mehr den Anschein haben als gäbe es keine Krisenherde; - sondern es wird sie nicht mehr geben!

bee

Regionales

Terrorismusfahndung à la Baden-Württemberg -ib-

Im Rahmen der Terrorismusfahndung nach dem Tod Schlievers und den Stammesherren ereignen wurde einem Genossen des Info-Büros die "ohre" zu teil, von einem Stuttgarter Sicherheits-agenten namens Liegler besucht zu werden. Dieser besagte "hohe Stantabuch" fand Ende Oktober statt. Der Staats-Anwalt war sogar so mutig, daß er den Betroffenen direkt am Arbeitsplatz besuchte. Dies machte ja weniger auf sich als eine polizeiliche Hausdurchsuchung.

Der Staatsdiener war mit der Absicht gekommen, mit dem Genossen der AWP einen Zeitpunkt für ein "Gespräch" zu vereinbaren, in welchem er dann gerne einige Fragen an den Genossen gerichtet hätte.

Er meinte, er könne ja den Genossen durch provokative Fragen zu Aussagen bewegen. Obwohl ihm klar gemacht wurde, daß ein solches "Gespräch" völlig sinnlos sei, ließ er nicht locker und wollte einige Tage später nochmal anrufen.

Das tat er dann auch.

Der Genosse betonte nochmals ausdrücklich, daß er an einem "Gespräch" nicht interessiert sei. Hierauf meinte dann der Staats-Schützer ob sich der Genosse denn nicht zu rechtfertigen habe?

Auf die Frage warum antwortete er, daß dies ja der Grund seines Besuches sei. Er gehe um die Aktivitäten des Genossen an seinem Wohnort, innerhalb der AWP und um Verbindungen zu anderen Gruppen.

Als ihm dann nochmals dargelegt wurde, daß ein "Gespräch" nutzlos sei, zuzahl er die Adressen und Namen, die er gerne erfahren wolle sowie seine Adresse, wurde der Agent wütend und brüllte ins Telefon, daß dies nicht wahr sei.

Dann wieder ganz cool: Schließlich habe man den Genossen des IB ja ganz bewußt aus- gesucht, da man dachte, wenigstens er sei vernünftig, wenigstens mit ihm könne man auf einen "grünen Zweig" (wörtlich!) kommen.

Doch der Staatsdiener müde enttäuscht werden, denn das "Gespräch" nie stattfand ist klar.

So wird er eben weiter schneiteln müssen. Pech für ihn, denn er hätte es sich gerne einfacher gemacht.

Solidarität à la Geschichte? Antwort auf Leserbrief f des Russel-unterstützungs-komitees Karlsruhe

Also da staunt doch auch einer. Da lesen wir im Bulletin 14/15 einen Leserbrief der mit solidarischen großen unterzeichnet ist und in welchem, gleich vorne

weg, unsere (richtiger meine) Art und Weise der Auseinandersetzung als unsozialistisch bezeichnet wird.

Ja wer will denn da gerne mit mir solidarisch sein, ohne der Spartacus?, der noch immer das Broschüren "spanische Lehren" von Leo Trotzki 1.-DM verkauft, in welchem unsere Genossen in Spanien, in der Ukraine ebenso wie in Krimstadt als konterrevolutionäre beschimpft werden (s. 13), - indem entgegen aller Tatsachen behauptet wird: Anarchisten und Stalinisten streben auf der einen Seite der Herrschaft, die Arbeitermassen und revolutionären Marxisten aber auf der anderen! (s. 14) In welchem wir als Anarchisten nicht solidarisch, sondern als Feinde behandelt und beschimpft werden. Und solche Leute wollen gerne von mir oder UN-SOLIDARITÄT! Die auf einer ganz niedrigen und charakterlosen Ebene Lügen über Lügen verbreiten und somit nicht zu einer Klärung sondern zur allgemeinen Verwirrung beitragen.

NAS stellen die sich eigentlich unter SOLIDARITÄT vor?

Sollen wir mit diesen elementen ein Schutz- und trutzbündnis eingehen, die eine geheime staatschutzpolizei, kommissare, militärische sowie einen staatsapparat herstellen sollen - aber mit "sozialistischem" Inhalt (s. 19).

Die außerdem in der konkreten Situation die Opferbesten Genossen in den Tod treiben wollen (s. 18).

Also ich bin für solche komischen und einseitigen Bündnisse nicht zu begeistern! Oder glauben die Leserbrief-schreiber tatsächlich, daß die Anarchisten soviel blaßulige mitbringt haben, wie es der KB in AK 10 seinen Lesern weismachen möchte?

Ich mag zwar ein kindliches Gesicht haben, aber diese fröhliche-freude-ierfröhlichen-gedächtnisselei der aktionsheiten und einheits- sowie volksfrontstrategien haben für mich als Anarchist einen sowohl geschichtlich als auch inhaltlich/praktisch begründeten blutigen Geschmack (Lenin sagte 1920 zur Haltung der kommunisten gegenüber den Anarchisten: "In der ersten phase der revolution sind die anarchisten nützlich, ja von unschätzbarem wert. Wenn sie aber in der zweiten phase die revolutionäre staatsmacht nicht respektieren, mühen sie als konterrevolutionäre betrachtet werden.")

Wer von den Leserbrief-schreibern würde gegen diese (synisch/charakterlose auf rein taktisch/militärischen ergründungen ausgerichtete) "bündnispolitik" keine stellung beziehen? - wohl keiner, denn das ist doch die Grundlage aller marxistisch/leninistisch/trotzistisch/bolschewistisch/stalinistischen organisationen!

Die wenigen, die in diesen komitee aus dem willen zum widerstand mitarbeiten, ohne sich auf eine der beiden organisationen festzulegen sollten die geschichte und schicksale der linken sozialrevolutionäre und der links-sozialisten in revolutionären erhebungen genau studieren. Das schick-sal Vera Wigners, Isak Steinbergs, Victor Sergeys, Erich Söllner und... und... ist steilvertretend beweis genug für Tausende von verratenen aktionsbündnissen und

opfer überlegener und ehrlicher revolutionäre sozialistischer prägung, deren arbeitserfolge sich die neuen herrscher aneigneten und als ihre eigenen ausgaben.

Das fragezeichen hinter ag rep. gegen fremden hat schon fruchtbar gezeigt. Ihr schweigt nicht mehr rep. sondern repressen, mich würde nun noch interessieren was ag bedeutet (na, ist das nicht konstruktiv?).

Seltens, daß ausgesprochen Leute die sich als marxisten bezeichnen wie astrologen, sternwörter und gottesfürchtige über bedeutungen rätseln statt das wesentliche einer sache feststellen und zu begreifen. Wenn ich die veranstaltung, genies das vor-spiel als lächerlich betrachte, so ist das vorgebildet und verurteilt von wem her, von seinem inhalt her lächerlich, wenn ihr ja selbst auch nicht bestreitet.

Dies sagt nichts über einige gute ansätze aus, die zu entwickeln ihr nicht in der lage wärd.

Wie ihr daraus den schluß zieht, daß wir als Anarchisten resigniert seien um bei einem für die linken ungünstigen kraftverhältnis lieber gar nichts machen, also das ist mir rätsel- und schmerzhaft!

Es ist mir sehr von euch mir eine objektivi-tät zu erkennen... aber ich war als subjektiv beobachter da! und habe meine ansätze und eindrücke formuliert und auch veröffentlicht.

Nicht ich habe euch die berechnung als Russel-unterstützungs-komitee zu agitieren überlassen - nein, ihr selbst!

Denn ihr habt erklärt, daß ihr "keine illu-sionen über den bürgerlichen charakter des internationalen Russel-komitees" habt, daß es euch vor allem darum geht "über die-unterstützungs-komitee eine breite ab-

tionseinheit zu bilden um den widerstand zu organisieren". Und es sei die frage erlaubt, wieso ein (eventueller) vorwurf in "letztter konsequenz" auf was zurückfällt, nur weil wir uns "nicht zu wert gemeldet" haben?

Da fehlt das, was allgemein als logik be-zeichnet wird!

Anarchistische aktivität ist widerstand! Dazu reihe ich, benötigt wir keine spe-zialen komitees. Inmit unserer arbeit ist die organisierung des widerstandes gegen jeden staat, gegen jede klassenherrschaft, ja gegen jede herrschaft an sich! Ziel ist die Überwindung und abschaffung der staat-lichen organisation und praktizierung der klassenlosen gesellschaft.

Entweder wir bekämpfen durch unsere tag-tägliche arbeit das system der unterdrückung dem begeht wir keine speziellen "anti-repressen-komitee" oder wir bekämpfen es durch phrasen 1 oder 2mal wöchentlich abends in versammlungen und mit bergen von papieren.

Um mißverständnissen vorbeugen, als anti-parlamentarier läßt ich mich nicht gern mit parlamentarischen begriffen wie "links", "halblinks", "mitte" oder "rechts" einordnen. Und ich sehe aus all den vorhergeschie-benen keinen grund "konstruktive" (=also aufbauende) kritik am euch und eurer arbeit zu leisten.

Oder sollen wir als Anarchisten wieder ein-mal die politik für euch machen?, deren er-folge ihr euch dann wieder um unter dem regel reißt, - daß ihr in falle einer ge-sellschaftlichen umwälzung mit eurer poli-zei und armee wieder vernichtet und unsere organisationen zerschlagt?

bee

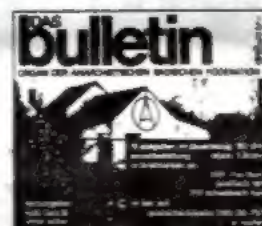
Artikel und Leserbrief

Kampf der politischen Unterdrückung?

Unter dieser Überschrift fand am 1. Sept. in Karlsruhe eine Veranstaltung statt. Neben der Vorstellung war ein Kaffeehaus mit der Aufschrift "Solidarität" und ein Kaffeehaus mit der Aufschrift "Solidarität" und ein Kaffeehaus mit der Aufschrift "Solidarität".

Unter dieser Überschrift fand am 1. Sept. in Karlsruhe eine Veranstaltung statt. Neben der Vorstellung war ein Kaffeehaus mit der Aufschrift "Solidarität" und ein Kaffeehaus mit der Aufschrift "Solidarität".

KOMITEE ZUR UNTERSTÜTZUNG EINES RUSSEL-PROJEKTS GEGEN DIE REPRESSION IN DER AWP - KARLSRUHE, 1. SEPTEMBER 1977. Am 1. Sept. fand in Karlsruhe eine Veranstaltung der Russel-Initiative mit dem Thema "Kampf der politischen Unterdrückung" statt. In dieser Zeitung "Solidarität" wird der Kampf in einer sehr unsozialistischen Art und Weise dargestellt. Aus dem Text geht hervor, dass es sich um eine Veranstaltung handelt, die von der AWP organisiert wurde. Die Veranstaltung wurde von der AWP organisiert und wurde von der AWP organisiert.



Nationalisten und Faschisten sammeln sich wieder!

(aus "blauer ante" DGB-jugend/schattungen) Die neofaschistische NPD hat in Hockenheim den Reichsleiter Stadtrat Günther Beckert, obersten Leiter der Bürgerbewegung, als Kandidaten für die Bürgermeisterwahlen in Hockenheim aufgestellt. Zur Erklärung ihres Wahlsieges rief die NPD ihre Mitglieder im ganzen Land zu einer Fackelzug am 1. November in Hockenheim zusammen. Von einer Journalistin der Hockheimer



**I.W.A.
I.A.A.
I.L.A.
A.I.L.**

OCTUBRE 1977

Anarcho-Syndikalismus
aus POLITIKON nr.35 -ABF-archiv

MATERIALIEN ZUR SPANISCHEN REVOLUTION

In einigen Aufsätzen soll in diesem und in folgenden Heften auf den Beitrag eines vergessenen, bzw. folgeschwiegenen Zweiges der modernen Arbeiterbewegung zur sozialistischen Gestaltung unserer Gesellschaft eingegangen werden, auf den an Bakunin und eine eigene revolutionäre Tradition anknüpfenden spanischen Anarchosyndikalismus. Damit soll nicht gesagt werden, daß hier ein praktikierbares Programm für eine Erneuerung der Arbeiterbewegung fertig übernommen werden kann. Aber wir glauben, daß hier ein wichtiger Denkansatz vorliegt, der in der kritischen Auseinandersetzung mit den beiden heute vorherrschenden Richtungen in der Arbeiterbewegung – dem „revolutionären“ Staatssozialismus und der parlamentarischen Politik der sog. Strukturformen eine Hilfe sein kann. Beide Bewegungen haben ihre Ziele nicht erreicht. Aktivistische Arbeiter versuchen deshalb – insbesondere in Italien und Frankreich, aber auch in England in der Selbstorganisation auf der Basis der Betriebe mittels des Räteystems neue Wege der Befreiung außerhalb des organisatorischen Rahmens der tradierten Parteien. Sie nehmen damit in wichtigen Teilen die Tradition Bakunin und der ersten Internationale aus den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts wieder auf. Diese Tradition aber hat weiterexistiert im „Sozialanarchismus“ – der einzigen theoretisch relevanten Richtung des Anarchismus – im Syndikalismus und Anarchosyndikalismus und ihre höchste geistliche Erscheinungsform in der libertären spanischen Arbeiterbewegung gefunden. Seine wesentlichen Gedanken sind die folgenden:

1. Der Staat ist seinen unsäufelbaren Wesen nach eine unterdrückende Institution und deshalb ein ungeeignetes Mittel sowohl der gesellschaftlichen Integration als auch im besonderen der Vergesellschaftung der Produktionsmittel.
2. Daraus folgt die Ablehnung der zentralistischen, auf die Eroberung der Staatsmacht ausgehenden Partei als eines Instrumentes zur Schaffung einer sozialistischen Gesellschaft.
3. Eine sozialistische Gesellschaft kann nur verwirklicht werden, wenn die Produktionsmittel von den Produzenten unmittelbar an der Basis übernommen und die Produktion und Verteilung von ihnen selbst organisiert wird. Das gesellschaftliche Ganze und seine Verwaltungsorgane werden dann gebildet, indem sich die Produzentengenossenschaften (Gewerkschaften) von der Basis her entsprechend den Grundsätzen des Föderalismus in Föderationen zusammenschließen und zwar in doppelter Weise: gleiche Industrien in Industrieföderationen (Industriegewerkschaften) und außerdem alle Industrien auf lokaler, regionaler und nationaler Basis in Konföderationen (Gewerkschaftsbund).
4. Eine solche tiefgreifende soziale Revolution ist aber an eine Reihe von Voraussetzungen gebunden. Sie setzt einen hohen Reifegrad der Massen voraus: klare Vorstellungen von dem erstrebten Ziel, den Mitteln seiner Verwirklichung und die Fähigkeit zu autonomen verant-

wortlichen Handeln. Dazu kommt eine neue Auffassung von der Rolle der Organisation. Diese darf nicht nur der Kampf um die Verbesserung der Lage der Arbeiter unter den gegebenen Bedingungen angepaßt sein. Sie muß zugleich als Instrument für die künftige Neuordnung der Gesellschaft brauchbar sein. Sie ist also die Keimform der neuen Gesellschaft schon innerhalb der bestehenden alten. Bildungsfragen, die Entwicklung der Menschen zur Selbsttätigkeit durch die tägliche Praxis des Kampfes und das Organisationsprinzip haben deshalb eine entscheidende inhaltliche Bedeutung. Die durch Mao wieder betonte Kategorie der „Kulturrevolution“, die von Korsch in „Marxismus und Philosophie“ grundlegend behandelt wird, ist bei den Anarchosyndikalisten auch für die Vorbereitung der Revolution entscheidend wichtig.

Diese Ideen stehen zu jeder mechanischen Theorie des gesellschaftlichen Wandels in einem radikalen Gegensatz, insbesondere zu der von den Marxisten lange gebrauchten Formel, daß es „wissenschaftlichem“ Denken entspreche, wenn man sich von der erstrebten Gesellschaftsordnung konkrete Vorstellungen mache. Klare Vorstellungen vom Ziel, subjektiver Wille und die Vorbereitung eines organisatorischen Instruments sind vielmehr unabdingbare Voraussetzungen des Erfolges. Mit einem authentischen Marxismus sind sie jedoch vereinbar. Auch Marx wies auf die eben erwähnte Doppelrolle der Gewerkschaften hin (Genfer Gewerkschaftsresolution und Erwägungsgründe) und betonte, daß die neue Gesellschaft sich innerhalb der alten entwickeln müsse. Diesem Gedanken versuchte der Anarchosyndikalismus konkrete, aktivistische Gestalt zu geben. Die hier in knapper Form entwickelten Ideen für eine revolutionäre Praxis sind im wesentlichen schon von Bakunin ausgesprochen. Sie faßten insbesondere Fuß in der spanischen Arbeiterbewegung deren authentische Entwicklung schon vorher in der gleichen Richtung verlief. Als Beispiel dafür sei ein Aufsatz zitiert, der 1884 in der Madrider Zeitung „Echo der Arbeiterklasse“ erschien. Dort heißt es: „Wenn in jedem Ort diese Assoziationen gebildet sind, werden sie nach dem allgemeinen Stimmrecht ihre Lenkungsorgane wählen (Juntas). Die Vorsitzenden dieser Räte schließen sich im Rahmen der Gemeinde zusammen und behandeln die Angelegenheiten des gemeinsamen Interesses (die spätere Föderation der Gewerkschaften Ob.). Darüber hinaus wird dieses Gremium aus den Vorsitzenden der verschiedenen Gewerkschaften sich mit den gleichen Gremien der anderen Orte in Verbindung setzen. Sie bilden den Rat der Provinz. Die Räte der Provinz bilden ein Nationalkomitee, das die allgemeinen Interessen der Klasse vertritt“.

In diesem Heft soll zunächst ein Auschnitt aus einem Seminarreferat abgedruckt werden, in dem das Organisationskonzept der spanischen Syndikalisten vor der Revolution dargestellt wird. Dann sollen weitere Materialien über die Wirtschaftspolitik der CNT in der Revolution folgen.

Erich Gerlach

P.S. Dem Vorwort von Erich Gerlach ist noch hinzuzufügen, daß wir mit dem Ausdruck dieses Artikels den wüsten Legen-

denbildungen und bewußten Lügen über die anarcho-syndikalistische und revolutionär-syndikalistische spanische Arbeiterbewegung namentlich von offizieller KP-Seite und ebenso von neolaninistischer Seite entgegenwirken wollen. Dies geschieht insbesondere im Hinblick auf die angekündigte Kampagne des VDS für „eine demokratische Revolution“ in Spanien.

Um den Organisationsplan der CNT von Juan Peiro in den historischen Zusammenhang zu stellen, bringen wir aus dem genannten Referat, das von Brigitte Hasper, Jens Reißmann und Roland Schäfer verfaßt wurde, die Darstellung der politischen und organisatorischen Geschichte der CNT von 1930 – 1936.

Die Programmdiskussion auf dem Kongreß in SARAGOSSA vom Mai 1936 wurde ausgelassen, da sie im wesentlichen den Organisationsplan von Peiro bestätigt, im übrigen aber ein außerordentlich idyllisches und naives Bild des libertären Kommunismus entwirft.

Der unter dem Diktator Primo de Rivera eingeleitete wirtschaftliche Aufschwung stürzte naturgemäß wieder die spanische Arbeiterbewegung. Als unter dem Druck der Arbeiter, Intellektuellen und Mittelschichten Rivera im Januar 1930 abdanken mußte, konnte die CNT wieder

Nachdem die CNT jetzt wieder völlig legal und ungehindert sich betätigen konnte, begann sie in den Jahren nach 1931 durch gewaltsame Aktionen, Generalstreiks und der partiellen Proklamierung des freiheitlichen Kommunismus sowohl auf dem Lande als auch in den Betrieben die soziale Revolution vorzubereiten. Eine der ersten dieser Aktionen fand im Januar 1932 im oberen Llobregat-Tal (nördlich von Barcelona), besonders in den Kleinstädten Manresa und Berga statt. In beiden Städten wurden die örtlichen Behörden entmachtete und durch einen Gewerkschaftsrat ersetzt. Landgüter wurden von der Landarbeitergewerkschaft verwaltet. Geld und Polizei abgeschafft. Doch blieb diese Bewegung, wie so viele spätere auch, örtlich begrenzt und wurde nach fünf Tagen von Regierung und Militär brutal niedergeschlagen. Eine große Verfolgungsaktion gegen CNT-Anarchisten setzte ein. Die hinsichtlich bekannten Ascaso und Durutti wurden mit vielen anderen in eine afrikanische Strafkolonie verfrachtet.

Wurden so „positive“ Versuche zur Einrichtung einer selbst sich verwaltenden Gesellschaft gewissermaßen unterdrückt, so nahm die Regierung in Madrid die Hilfe der disziplinierten Anarchisten gerne an, als im August 1932 in Sevilla der monarchistische General Sanjurjo einen Militärputsch versuchte. Die CNT antwortete mit der Auslösung des Generalstreiks, im Kampf „für die Grundfreiheiten“. Der Putsch scheiterte.



1. Un momento de la manifestación del 12 de mayo de 1931, cuando se proclamó la Segunda República.

an ihre legale, massenhafte Tätigkeit von 1923 anknüpfen.

Der Mitgliederstamm der CNT betrug 1931 schon wieder über 500 000, 1936 auf dem Einigungskongreß in Saragossa waren 1 Million Arbeiter und Bauern in der CNT vertreten, die Mitgliederzahl der Geheimorganisation FAI lag zwischen 1934 und 1936 bei ungefähr 10 000.¹

Der durch die harten Unterdrückungsmaßnahmen Riveras gegen verschiedene Gruppen bzw. durch unbeliebte „Reformen“ erzeugte Gegendruck (Die Polizei ist der beste Aufwieglar der Anarchisten.²) vergrößerte auch die bürgerlichen, rein republikanischen Bewegungen. König Alfons XIII. mußte so erst seinen Diktator entlassen und dann, durch das eindeutig pro-republikanische Votum bei den Gemeindevahlen im April 1931 gezwungen, auch seinen Thron verlassen. Die zweite spanische Republik (nach der von 1873 unter Margall) wurde im Dezember 1931 proklamiert.

Im Zusammenhang einer geplanten großen Erhebung in Katalonien sollten Anfang 1933 solidarische Bauernaufstände auch in Andalusien gemacht werden. Während allerdings in Barcelona die Bewegung schnell zusammenbrach, drängte der naive bäuerliche Kommunismus in den verarmten Landgebieten zur sozialen Revolution sofort. Die völlig ungenügende Agrarreform vom September 1932 hatte nichts an ihrem Status als Abhängige von großen Landbesitzern geändert. Auf dem Besitz eines vermögenden Herzogs, von Medina Sidonia, im armen Andalusien, nahe Jerez, lag das Dorf Casas Viejas. Hier proklamierte am 9. Januar 1933 der alte Anarchistenbauer Curro Cruz, bekannt als „Seisdedos“ (sechs Finger), zusammen mit seiner Familie und einigen Genossen (dem örtlichen CNT-Syndikat) die freie Kommune und entwaffnete sogleich die vier Dorfpolizisten. Die höhere Obrigkeit reagierte von Stund auf Stunde mit ihrem Militär: der Auf-

stand wurde gewaltsam unterdrückt. Seisdedos und dreißig seiner Genossen erschossen.

Das Vorgehen der republikanischen Regierung gegen Seisdedos und Genossen führte zu einem Entrüstungsturm, nicht nur unter den Arbeitern und Bauern, und zu einer schweren Regierungskrise. Die Politik der Wahlenthaltung (FAI: „Soziale Revolution nicht Wahlmenü“), d. h. die negative Bekämpfung aller „schmutzigen Politik“, wurde durch diese Handlungsweise einer liberalen Regierung scheinbar bestätigt. Schätzungsweise die Hälfte des spanischen Proletariats nahm an den Wahlen vom November 1933 nicht teil.² Die Wahl endete mit einem klaren Sieg rechter (katholischer bzw. großbürgerlicher) Parteien.

Anfang 1934 organisierte die CNT erneut einen Aufstand in Saragossa (Aragon). Barrikaden wurden in der Stadt errichtet, öffentliche Gebäude gestürmt, Polizei und Militär entworfen. In einigen Kleinstädten wurde erneut versucht, eine freiheitlich-kommunistische Wirtschaftsweise durchzuführen. Die Unternehmer wurden durch eine Kollektivleitung in Zusammenarbeit mit den Syndikaten ersetzt. Freiwillig auf ihre angestammten Rechte verzichtende Unternehmer wurden als Fachberater weiter beschäftigt. Trotz solidarischer Generalstreiks überall brach nach dieser Aufstand unter dem Ansturm des Militärs zusammen. 87 Anarchisten wurden erschossen. Einen gewissen Erfolg gab es beim gerichtlichen Nachspiel der Aktion: die Prozeduren wurden von anarchistischen Genossen vernichtet, der Prozeß fand nicht statt.

Im Oktober 1934 kam es noch einmal zu größeren Erhebungen. In Madrid hatte (inzwischen auf fast gleiche Größe wie die CNT angewachsene) sozialdemokratische Gewerkschaft UGT zu einem Aufstand gegen sich verstärkende Tendenzen zu einem faschistischen Putsch aufgerufen. Die angestrebte Zusammenarbeit mit der CNT scheiterte aber wegen der Doppelzüngigkeit und mangelnden Entschlossenheit der UGT. Der Aufstand brach, ebenso wie ein anderer in Barcelona zur gleichen Zeit, zusammen.



Besser klappte die Zusammenarbeit bei dem gleichzeitig organisierten Bergarbeiteraufstand in Astunien. Dort waren einerseits die UGT-Leute radikaler als ihre Genossen in Madrid, andererseits stand die örtliche CNT den Trentistas bzw. den „Oppositionsgewerkschaften“ näher. Beide Organisationen bildeten hier die proletarische Kampfbrüderschaft UHP („Union de Hermanos Proletarios“), aus 40000 UGT- und 30000 CNT-Mitgliedern. Gemeinsam erstrebte man eine föderalistisch-sozialistische Gesellschaftsordnung. Die UGT verzichtete ausdrücklich auf jedes Paktieren mit bürgerlichen Parteien.

Am 1. Oktober 1934 begann die UHP in Asturien ihre Aktionen. Die völlig entrüsteten Behörden wurden schnell entmacht, fast die gesamte Provinz geriet binnen kurzer Zeit in die Hände der Aufständischen. Revolutionskomitees nahmen die Verwaltung in die eigenen Hände, Waffen und Munition wurden für den revolutionären Abwehrkampf beschlagnahmt. Ein Sozialismus von unten wurde in den Betrieben durchgeführt, die Arbeitsleistung im eigenen Interesse wurde erheblich gesteigert. Die Versorgung und

Verwaltung wurde dem proletarischen Bedarf entsprechend kollektiv und demokratisch geregelt. Teilweise wurde auch hier das Geld abgeschafft.

Insgesamt war der asturische Bergarbeiteraufstand der bestorganisierte und standhafteste dieser Jahre. Er antizipierte schon viele Formen des Kampfes aus dem Bürgerkrieg. Aber auch er wurde brutal mit Hilfe der afrikanischen Fremdelegion (Franco war erstmals beteiligt!) bis zum 18. Oktober unterdrückt. Es gab 3000 Tote und 7000 Verwundete auf der Seite der Arbeiter.

Die nach den Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise verschärfte wirtschaftliche Lage Spaniens, die zahlreichen Aufstände und ihre gnadenlose Zerschlagung sowie starke faschistische Tendenzen stellten eine allgemeine Radikalisierung der polit-ökonomischen Kämpfe dar. Neben 1 Million Arbeitslosen gab es von 1933–1935 3000 Verhaftete, davon 4 Anarchosyndikalisten.³

Der eklatante Mißerfolg der Linken bei den Wahlen von 1933 und die vielen gescheiterten Aufstände, gerade auch in der katalonischen Hochburg der radikalen FAI, sorgten für einen größeren Einfluß der gemäßigten CNT-Männer, wie der Trentistas um Peiro. Zwar beteiligte sich die CNT nicht an der linken Volksfront vom Februar 1936, doch unterstützte sie deren Forderung nach Generalamnestie für alle politisch Inhaftierten und rief ihre Anhänger nicht mehr wie noch 1933 zum aktiven Wahlboykott auf. Der Erfolg der Linksparteien war überwiegend, der folgende Aufschwung der Arbeiterbewegung ungeheuer. Am 1. Mai veranstaltete die CNT einen Kongreß in Saragossa. Peiro und die Trentistas kehrten endgültig in die anarchistische Gewerkschaft zurück. Die Vertreter von 1 Million Arbeiter und Bauern befanden sich in einer revolutionären Hochstimmung. Schon damals plante man auch die Einrichtung von revolutionären Abwehrgruppen gegen den Faschismus.

Die verschärfte Lage der Klassenkämpfe in Spanien 1936 drängte nach einer Lösung, die nicht von vornherein ausgemacht war hinsichtlich ihrer möglichen Richtung.

Zwar ... stellt sich die Menschheit immer nur Aufgaben, die sie lösen kann, denn genauer betrachtet, wird sich stets finden, daß die Aufgabe selbst nur entspringt, wo die materiellen Bedingungen ihrer Lösung schon vorhanden oder wenigstens im Prozeß ihres Werdens begriffen sind.⁴ Aber „damit jedoch überhaupt etwas in voll entwickelter Form entsteht, muß es sich rechtzeitig zu entwickeln beginnen.“⁵

Diesen Beginn hatten die spanischen Anarchosyndikalisten, besonders seit 1931, in ihrer Praxis gemacht. „Die Führer dieser Bewegung waren sich des Erfolges ihres Unternehmens nicht ganz sicher. Sie rechneten sogar mit der Möglichkeit der Niederlage. Es war ihnen hauptsächlich darum zu tun, durch immer neue Versuche Erfahrungen zu sammeln, die es ermöglichen würden, bei einem ganz großen und endgültigen Schlage doch zum Ziele zu kommen.“⁶ Der Schlag war am 18. Juli 1936 fällig. Die Armee unter General Franco putschte.

FRAGEN DER ORGANISATION IN DER CNT

Organisationsfragen haben für die anarchosyndikalistische Arbeiterbewegung schon immer eine doppelte Funktion gehabt: die Organisation sollte Mittel des sozialen Kampfes gegen die Bourgeoisie sein und zugleich als Instrument der Reorganisation der Gesellschaft nach erfolgter Revolution dienen. So haben weitreichende Organisationsmodelle in der CNT eine für Anarchisten sonst wohl nicht alltägliche Hochschätzung erfahren. Auch innerhalb der CNT gab es in diesen Fragen beträchtliche Gegensätze, die wesentlich auf die bereits erwähnten verschiedenen Strömungen des 19. Jahrhunderts in der libertären Arbeiterbewegung Spaniens zurückgehen.

Die syndikalistische Richtung in der CNT, zurückgehend auf den bakunistischen Kollektivismus, erkannte die Notwendigkeit, der zunehmenden Konzentration des Kapitals eine proletarische Massenbewegung mit entsprechender Organisation entgegenzustellen. Die Schaffung zentraler Instanzen (von unten nach oben) zur Koordinierung von Wirtschaft und Verwaltung sollte Aufgabe der Gewerkschaften (CNT) und der Kommunen sein. Es wurden konkrete Vorstellungen über die gewerkschaftlichen Aktivitäten unter der Bourgeoisie-Herrschaft über die Durchführung der Sozialrevolution durch Generalstreik und über die Übernahme von Wirtschaft und Verwaltung durch die CNT entwickelt. Auch waren die Syndikalisten so realistisch, eine Übergangszeit nach der Revolution vorzubereiten, in der ein Entlohnungssystem nach geleisteten Arbeitsstunden vorzuziehen war. Nicht Staats Eigentum sondern Kollektiveigentum wurde gefordert; Arbeiterkollektive sollten die Betriebe leiten und kontrollieren. Eine Gewerkschaftskasse sollte Ausgleichszahlungen vornehmen. Weitere Forderungen waren: Mindestlöhne, öffentliche Gesundheitsfürsorge, technische Schulungen für Arbeiter, moderne öffentliche Erziehung (z. B. nach den Vorstellungen FERRERS), Abschaffung der Zensur usw. Ausführlicher werden diese Überlegungen und Ideen in den praktischen Maßnahmen der Kollektivierung und Arbeiterselbstverwaltung zum Ausdruck kommen (nach 1936).

Wiederholt wurden auf Kongressen der CNT Fragen der Organisationsform der Gewerkschaften und in Zusammenhang damit auch der Gesellschaft diskutiert. Auf einige der dabei entwickelten Organisationsmodelle soll nun näher eingegangen werden.

1. Bereits 1918 auf dem Regionalkongreß in SANS wurde die Bildung von Industriegewerkschaften (= Einheitsgewerkschaften einzelner Industriezweige) beschlossen. Das Regionalkomitee schlug insgesamt 13 „Industrieföderationen“ vor (z. B. für Metall, Bau, Textil, Nahrung usw.).

2. Der Nationalkongreß von MADRID 1919 lehnte die Bildung nationaler Industriegewerkschaften zwar ab, es wurde aber eingesehen, daß die alten Berufsverbände (Federaciones Nacionales de Oficio) nicht mehr die geeignete Organisationsform der CNT sind. Man beschloß, in den größeren Orten Einheitsgewerkschaften für einzelne Industriezweige einzurichten, die in einer lokalen Gewerkschaftsföderation zusammengefaßt sind. (= Sindicatos Unicos de Ramos e Industrias) In den kleineren Orten sollte es dagegen nur eine Gewerkschaft geben. Die Föderation erfolgt hier auf der Ebene eines größeren Gebietes (Federacion Comercial). Weitere Zusammenfassungen sind dann die regionale Föderation und die nationale Konföderation.

Durch diesen Beschluß sollte eine bessere Planung und Koordination, eine bessere Zusammenarbeit aller Betriebe eines Wirtschaftszweiges in einem Gebiet durch die Gewerkschaft gesichert werden.

ORGANISATIONSPLAN DER CNT VON JUAN PEIRO, ANGENOMMEN AUF DEM KONGRESS VON MADRID 1931

Erst 1931 auf dem Kongreß von MADRID wurde die Weiterentwicklung der Sindicatos Unicos von 1919 zu nationalen Einheitsgewerkschaften beschlossen. Die einzelnen Industriezweige sollten nun gewerkschaftlich auch auf nationaler Ebene zusammengefaßt werden. J. PEIRO legte einen bis in die Einzelheiten ausgearbeiteten Plan zur „Reorganisation der CNT“ vor, der aber erst 1937 verwirklicht wurde.

Dieser Plan verdeutlicht noch einmal die Aufgabe, die eine Organisation für die Anarchosyndikalisten haben soll. Sie dient der Vorbereitung auf die zu verwirklichenden Ziele, und zwar durch soziale

Kampfaktionen und durch Bildungs- und Schulungsarbeit. So sollen die Massen zur Selbsttätigkeit befähigt werden, sie sollen aus Kenntnis der Sache heraus lernen, autonom (ohne „Führer“) und spontan richtig zu handeln.

Die neue Organisationsform ermöglicht eine wirksamere Durchführung der wirtschaftlichen Kämpfe gegen das konzentrierte und organisierte Kapital und ist zudem ein gutes Instrument der Leitung der Gesellschaft, die das Kapital ersetzen soll, d. h. sie ist die Basis der künftigen Organisation der Gesellschaft. In diesem Organisationsplan „wird die Selbständigkeit der einzelnen Gliederungen, die das Ganze der gewerkschaftlichen Maschinerie bilden, nicht zerstört, sondern alle Teile arbeiten in einem System gegenseitiger Interdependenz zusammen, dessen Basis die Selbstdisziplin ist.“ (J. PEIRO)

Der Organisationsplan sieht also eine Verbindung der verschiedenen Sonderinteressen und des Allgemeininteresses der proletarischen Klasse vor.

„Die föderalistische Idee, die tief in unserem Denken verankert ist, erfordert eine strenge Unterscheidung der verschiedenen Interessen. Das Allgemeininteresse der Organisationen unterscheidet sich von den Sonderinteressen eines Teiles der Organisation genauso, wie innerhalb dieses Teiles ihrerseits wieder Sonderinteressen und Allgemeininteresse bestehen.“ (J. PEIRO)

Die neue Industriegewerkschaft faßt alle Arbeiter einer bestimmten Industrie unabhängig von ihren beruflichen Spezialisierungen zusammen, d. h. ihr gehören verschiedene Berufsgruppen an, die jeweils eine autonome Sektion innerhalb der Industriegewerkschaft bilden, über ihre besonderen technisch-beruflichen Interessen selbst entscheiden und einen eigenen Rat („Junta Tecnica“) haben. Jede Sektion kann alle sie betreffenden Fragen mit der entsprechenden Unternehmensgruppe autonom regeln, sie muß aber das Generalkomitee der Industriegewerkschaft verständigen und darf nicht gegen die Interessen anderer Sektionen oder das gewerkschaftliche Allgemeininteresse verstoßen. Auch darf die Sektion von sich aus keinen Streik ausrufen; dazu wird von der gewerkschaftl. Generalversammlung ein Streikkomitee gebildet.

Die Industriegewerkschaft ist also nicht anderes als eine Föderation von Berufsgruppen in einer bestimmten Industrie. Sie ist das Organ der allg. Verwaltung dieser Sektionen, harmonisiert deren Beziehungen und stellt die Verbindung mit den gleichen Arbeitergruppen des ganzen Landes her. Die Vertretung nach außen erfolgt durch das Generalkomitee.

An der Basis dieser Organisation befinden sich die Fabrik- und Werkstattkomitees. Jeder Betrieb bildet ein Komitee, in dem jede im Betrieb beschäftigte Berufsgruppe durch Delegierte vertreten ist. Dieses Komitee löst Konflikte im Betrieb und ermöglicht der Gewerkschaft eine Kontrolle der Produktion. Die Arbeiter werden zur Übernahme der Betriebe ausgebildet. Die Komitees sollen nach der Revolution die Leitung der Betriebe übernehmen, deshalb müssen auch die technischen und wirtschaftlichen Fachleute in den Komitees vertreten sein; sie sollen zu Mitkämpfern in den Reihen des Proletariats gemacht werden.

In diesem Zusammenhang sollen die Distrikt- oder Stadtkomitees eine Erweiterung ihrer Aufgaben erhalten. Sie fassen die Arbeitermassen bestimmter Stadtteile zusammen und ermöglichen eine bessere Information der Bevölkerung über Beschlüsse des Generalkomitees und besonders über bevorstehende Aktionen. Mittels dieses Komitees sind die Arbeiter eines Stadtteiles ständig in Verbindung untereinander und mit der Gewerkschaft, mit der sie sonst nur anläßlich der Sektions- oder Gewerkschaftsversammlungen Kontakt haben. Diese Komitees informieren das Generalkomitee

tee über die Stimmung der Massen, zum dem stellen sie die Verbindung zwischen den Fabrikkomitees ihres Distriktes und dem Generalkomitee her.

Die Industriegewerkschaften selbst sind in der nationalen Industrieföderation zusammengefaßt. Diese hat die Aufgabe, die wirtschaftlichen Aktionen, technische und berufliche Auseinandersetzungen (soweit sie von Allgemeininteresse sind) zu koordinieren. Sie erstellt außerdem Statistiken über die Entwicklung der Industrie in Bezug auf die Herkunft und Kosten der Rohstoffe, Arbeitskosten, Kapitalistengewinne, Absatzgebiete usw. Die Gewerkschaften und die Nationale Industrieföderation werden nach durchgeführter Sozialrevolution die Wirtschaft reorganisieren. Die Fabrikkomitees bemächtigen sich in der Revolution der Betriebe und setzen sie in eigener Regie wieder in Gang. Das Generalkomitee organisiert die gegenseitige Hilfe zwischen den Betrieben und steht in Beziehung zu den anderen Gewerkschaften. Die Nat. Industrieföderation wird das Lenkungsorgan für die Industrie in Bezug auf die Gesamtwirtschaft. So wird die CNT zum Fundament für den ökonomischen Apparat der Zukunft.

Neben der organisatorischen Vereinigung auf wirtschaftlichem Sektor in Form der neuerschaffenden Industriegewerkschaften anstelle der alten Berufsvereine soll die bereits bestehende „geographische“ Vereinigung (lokal, regional usw.) weiter ausgebaut werden.

Die lokale Föderation der Gewerkschaften ist die klassische Organisationsform der CNT, in der jetzt nur an die Stelle der zahlreichen kleinen lokalen Berufsgewerkschaften die lokalen Industriegewerkschaften getreten sind. Die lokale Föderation soll Verbindungszentrum für die Gewerkschaften eines Ortes sein. Sie kann durch Untersuchungsarbeiten die ökonomischen und geographischen Ursachen der Unterschiede zwischen einzelnen Regionen feststellen und an die Komitees der höheren Ebenen weiterleiten. Hierfür sollen die Komitees der lokalen Föderation Spezialkommissionen bilden. Zu untersuchende Probleme sind u. a.: der Entwicklungsstand von Industrie und Landwirtschaft, die durchschnittlichen Löhne in den Berufsgruppen, die Lebenshaltungskosten, der Bildungsstand usw.

Die regionale Konföderation hat dieselben Funktionen, nur auf ein größeres Gebiet bezogen. In ihren leitenden Komitees müssen alle Provinzen der Region vertreten sein. Auch hier werden Fachkommissionen gebildet.

Die nationale Konföderation hat dieselben Aufgaben auf nationaler Ebene. Das Nationalkomitee soll aus mindestens 13 Mitgliedern bestehen, die Kommissionen bilden für innere Angelegenheiten, internationale Angelegenheiten, Wirtschaft und Arbeit, Organisation, Propaganda und Verwaltung. Diese Kommissionen arbeiten autonom. Im Plenum des Nationalkomitees sind außerdem je 1 Delegierter der regionalen Konföderationen vertreten.

Die nationale Konföderation bildet einen Wirtschaftsrat, der die Verbindung mit den neuen nationalen Industriegewerkschaften herstellt. Der Wirtschaftsrat leistet Untersuchungsarbeit, um Mittel zum gemeinsamen Widerstand gegen das kapitalistische System zu finden und die gewerkschaftliche Organisation des Proletariats weiter auszubauen. Möglichkeiten der Eroberung der Leitung der Produktion und der Volkswirtschaft durch die gewerkschaftliche Organisation müssen gefunden werden. Die einzelnen Industriegewerkschaften sollen sich in diesen Fällen den Beschlüssen des Wirtschaftsrates unterordnen.

Der PEIRO-Plan für die Organisation der CNT sieht also:

- a) die Vereinigung zu einzelnen Industriezweigen vor und
- b) die Zusammenschlüsse der örtlichen Syndikatsvereinigungen.

Diese Zweiteilung in nationale und regionale Konföderation und lokale Föderation

ration einerseits und in nationale Industriegewerkschaften, Sektionen und Fabrikkomitees andererseits erscheint bei PEIRO als der Versuch, die Prinzipien des Föderalismus mit den Erfordernissen einer modernen Industriegesellschaft in Einklang zu bringen. Der soziale Kampf gegen die Bourgeoisie erfordert eine enge Verbindung der proletarischen Massen mit der gewerkschaftlichen Führung, insbesondere bei der Vorbereitung und Durchführung größerer Streikaktionen. Der PEIRO-Plan schafft nicht nur die Grundlage einer größeren Solidarität der Arbeiter in den einzelnen Orten, Betrieben und Wirtschaftszweigen, er garantiert die enge Beziehung der gewerkschaftlichen Führung zur Basis. Er bietet zudem die Möglichkeit der ökonomischen Reorganisation nach erfolgter Revolution. Hier ist auf der Grundlage des Föderalismus ein Modell entwickelt worden, das zumindest in technisch-ökonomischer Hinsicht den bestehenden Staat ersetzen kann. Für die übrigen Aufgaben der allgemeinen Verwaltung usw. würde dann die Zusammenarbeit mit einer noch zu schaffenden Konföderation der Kommunen erforderlich sein.

WIRTSCHAFTLICHE KONSTRUKTIONSSKIZZE VON DIEGO ABAD DE SANTILLAN

(„El organismo económico de la Revolución“, 1936)

SANTILLAN (Mitglied der FAI) bezeichnet den Organisationsplan des „Syndikalisten“ PEIRO von 1931 als einen Vorläufer seines eigenen Planes, ohne PEIRO namentlich zu nennen. SANTILLANs Auffassungen von der wirtschaftlichen Problematik zeigen außerdem den Einfluß einer Schrift von GASTON LEVAL („Die wirtschaftlichen Probleme der spanischen Revolution“, 1931) und von Berichten der Kongresse der I. Internationale.

SANTILLAN wendet sich gegen die in der CNT vorherrschende Diskussion abstrakter Fragen und weist auf die konkreten Probleme der modernen Wirtschaft hin, die mit der enormen Entwicklung der Industrie aufgetreten sind. Eine Rückkehr zu uralten und primitiven Produktionsformen ist unmöglich. Die Wirtschaft ist global geworden, d. h. wirtschaftlicher Partikularismus und Lokalpatriotismus, die Löhne der „freien Kommune“ und andere anarchokommunistische Vorstellungen gehören ins Altertumsmuseum.

a) Kommune

Die Kommunen müssen verbunden und zusammengeschlossen sein, d. h. sie müssen in den gesamten wirtschaftlichen Zusammenhang des Landes und anderer Länder der Revolution eingegliedert sein. Der Zusammenhang aller produktiven und distributiven Kräfte muß hergestellt werden. Das Privateigentum des einzelnen darf nicht durch das Privateigentum der Kommune abgelöst werden. Die Produktionsmittel sind das Werk aller und müssen allen dienen, nicht nur den Mitgliedern der jeweiligen Kommune. Statt „freier Kommunen“ sollen sozialistische Produktionseinheiten („collectividades“ Kollektive) gebildet werden, deren Autonomie entsprechend eingeschränkt ist.

b) Bundeswirtschaftsrat

Der Wirtschaftsrat hat die Aufgabe der Koordination und Planung, der wirtschaftlichen Regulation. Er stellt keine politische Macht, keinen statistischen und bürokratischen Apparat dar. Die Direktiven erhält der Bundesrat von Basisorganen, den Fabrikräten, die zusammengeschlossen sind, a) in Gewerkschaftsräten der einzelnen Industriezweige (= ökonomisch-berufliche Organisation) und b) in lokalen Wirtschaftsräten (= administrative-lokale Organisation).

Die Basisorgane schicken Statistiken ein, und so erhält der Bundesrat einen Überblick über den Stand der Produktion. Er kann Mängel feststellen, bestimmen, wo neue Industrien und Anpflanzungen notwendig sind, die Suche nach neuen Arbeitsmethoden und Techniken anregen

und für eine gerechte Verteilung der Produkte und des Arbeitslohnes je nach Gegend und Industriezweig sorgen. „Die Polizei wird überflüssig, wenn Zahlen und Statistiken die höchste Autorität bilden.“ (SANTILLAN)

Nicht alle bestehenden Institutionen sollen gleich beseitigt werden, sie müssen nur umgeformt werden. Das Banken- und

Geldsystem als provisorisches Mittel zum Tausch dient dazu, das soziale Leben in Bewegung zu halten und so erst die Wege zu ebnen für eine neue Wirtschaftsform ohne Geld.

„Eine sozialisierte, richtungweisend geplante Wirtschaft ist unumgänglich und hilft der Evolution in der modernen Wirtschaftswelt.“ (SANTILLAN)



Gründungserklärung der initiative für eine FREIE ARBEITER UNION

Seit sich Anfang 1977 einige Genossen organisatorisch zusammengestellt haben um eine anarcho-syndikalistische Organisation aufzubauen, sind in der libertären Szene Gerüchte über den Charakter der neuen Organisation entstanden, die zum Teil auf Mißverständnissen beruhen. Wir halten es daher für angebracht, unsere Absicht und Ziele offenlegen und zu erklären, warum wir es für notwendig halten, heute mit dem Aufbau einer syndikalistischen Organisation zu beginnen.

1) Die Situation des libertären Lagers in der BRD ist gekennzeichnet durch Isolationiertheit, Vereinzelung und Persönlichkeitsbezug der kleinen Gruppen und Einzelpersonen. Die Kontakte zwischen den einzelnen Gruppen laufen mehr oder weniger zufällig, es gibt eine kontinuierliche überregionale Zusammenarbeit und in Bezug auf gemeinsame Arbeitsbereiche auch in Bezug auf gemeinsame Kampagnen gewährleistet ist. Auch kommt keine Diskussion darüber zustande, was anarchistische Politik in der gegenwärtigen Situation bedeutet, bzw. bedeuten könnte und sollte. Das hat dazu geführt, daß die anarchistische Bewegung in den letzten Jahren praktisch auf der Stelle getreten ist. Eine Aktualisierung der anarchistischen Theorie wurde gänzlich vernachlässigt und die Entwicklung einer auch nur mittelfristigen Strategie. So kam es, daß viele Sympathisanten und auch eine Reihe bewandter und zuverlässiger Genossen sich aus der Bewegung zurückgezogen haben. Viele Genossen arbeiten ohne eine klare Perspektive in den verschiedenen Bezugsgruppen, was auf die Dauer unzulänglich zu Befriedigung führt. Andere orientieren sich an den bestehenden Strukturen nicht-anarchistischer Organisationen - also sozialistisches Büro oder informelle spont. Strukturen - was auf die Dauer zur Stärkung von sozialistischen Strömungen führt, die nicht eine anarchistische Gesellschaft anstreben. So ist die libertäre Strömung heute in der linken und in der Gesellschaft schwächer, als auf Grund ihrer potentiellen Anhängerschaft notwendig.

2) Herstellung eines Diskussionszusammenhangs

In dieser Situation halten wir es für unbedingt erforderlich, einen organisatorischen Rahmen zu schaffen, der eine kontinuierliche überregionale Diskussion innerhalb der libertären Linien gewährleistet. Ziel ist dabei die Klärung theoretischer und praktischer Probleme, die sich aus der anarcho-syndikalistischen Tätigkeit heute in der BRD ergeben. Was bedeutet Anarcho-Syndikalismus heute? Warum hat sich der Anarcho-Syndikalismus bisher historisch nicht durchsetzen können? Welche Elemente des traditionellen Anarcho-Syndikalismus können wir übernehmen, welche nicht? Welches sind die täglichen Erfahrungen jedes Einzelnen bei der Arbeit in Betrieb, in Bezugsgruppen, in der Gewerkschaft, bei der Propaganda? Ausgehend von diesem praktischen Erfahrungswissen wird das eigene Verhalten und die eigene Praxis in den Diskussionsprozess überprüft und einer gegenseitigen Kritik unterworfen. Durch diese solche ständige gegenseitige Diskussion und Kontrolle der Praxis der einzelnen Gruppen und Individuen kann allseitlich eine Perspektive erreicht werden. Eine gemeinsame einheitliche Praxis und Vorgehensweise in den Betrieben und Bezugsgruppen kann so entwickelt werden, was zu einer Stärkung der libertären Tendenz in den Bezugsgruppen führt. Die beiden Punkte, die sozusagen als Klammer eine solidere und fruchtbarere Diskussion ermöglichen, sind die gemeinsame Erfahrung der Ausbeutung einerseits, und das gemeinsame Ziel einer ausbeutungsfreien und herrschaftsfreien Gesellschaft andererseits.

Um einen solchen Diskussionsprozess, d.h. konkret Arbeitstreffen, Schulungssitzungen, Konferenzen, zu organisieren, ist eine Struktur von verbindlich arbeitenden Genossen mit für bestimmte Aufgaben verantwortlichen Sekretären, die von der Organisation kontrolliert werden, notwendig. Das Herstellen eines solchen Diskussionszusammenhangs der heute voneinander isolierten Anarcho-syndikalisten und libertären Sozialisten ist die unmittelbare jetzige Funktion unserer Initiative zum Wiederaufbau der Freien Arbeiter-Union in Deutschland.

3) Schwerpunkt ökonomischer Service (Betriebsarbeit)

Die Organisierung der Diskussion darf jedoch nicht Selbstzweck sein, sondern muß zu einer Organisierung der Praxis führen. Wir wollen kein Diskussions-Club werden, sondern eine wirtschaftliche (gewerkschaftliche) Kampforganisation. Da die Macht und Stärke des kapitalistischen Systems in der privaten Verfügungsgewalt über die Produktionsmittel, in der täglichen Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung begründet ist, ist der ökonomische Bereich der Hauptangriffspunkt um einen antikapitalistischen Widerstand zu organisieren. Revolutionäre Arbeit in den Betrieben trifft den Kapitalismus nicht nur in seinen Erscheinungsformen, sondern an der Wurzel. Der erste Schritt zu einer wirksamen praxisbezogenen Organisierung anarcho-syndikalistischer Betriebsarbeit ist der Zusammenschluß libertärer Genossen, die in den Betrieben arbeiten. Die Initiative zum Wiederaufbau der FAU(B) ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht der Versuch irgendwelcher Massen zu organisieren, sondern der Anfang eines selbst zu organisieren. Dabei versuchen wir, wo es möglich ist, der Organisation eine industrielle Struktur zu geben, d.h. Zusammenschluß der Genossen in den gleichen Betrieben/Konzernen/Industrien. Dadurch soll eine bestmögliche Koordination der Betriebsarbeit erreicht werden. Gleichzeitig ermöglicht eine solche industrielle Struktur das allseitige Einwirken der Organisation, die Entwicklung zu einer syndikalistischen Organisation. Wenn Kollegen an einer ernsthaften revolutionären Betriebsarbeit interessiert sind, können wir ihnen die Mitarbeit in einer bestehenden Organisationsstruktur an-

bieten. (Im Gegensatz zu früher, wo wir in solchen Fällen nur mit der Achsel zucken konnten und sagen mußten: eine Organisation wie wir sie für richtig halten gibt es nicht!) Der Aufbau unserer Organisation in den Betrieben soll nicht über plakativer Auftreten ("kommt zur FAUD!") sondern über die persönliche Überzeugungsarbeit unserer Aktivist:innen geschehen.

Wenn auch der Schwerpunkt unserer Arbeit im wirtschaftlichen Bereich liegt, so heißt dies nicht, daß alle anderen gesellschaftlichen Bereiche ausgeschlossen sein sollen. Zum einen kann der Arbeitsbereich nicht isoliert werden vom Freizeitbereich, und der ökonomische Kampf nicht getrennt werden vom ideologischen/kulturellen Bereich; zum anderen wollen wir nicht nur den Widerstand gegen bestimmte Erscheinungsformen des Kapitalismus organisieren, sondern eine gesamtgesellschaftliche Alternative zu Privatrechtskapitalismus und Sozialismus entwickeln. Eine solche gesamtgesellschaftliche Alternative sehen wir in Anarcho-Syndikalismus.

4) syndikalistische Propagandorganisation

Zum gegenwärtigen Zeitpunkt sind wir noch keine syndikalistische Organisation im eigentlichen Sinn als wirtschaftliche Kampforganisation. Unsere Aufgabe ist es, anarcho-syndikalistische Ziele und Kampfmethoden öffentlich zu verbreiten und zu vermitteln. Dazu gehört auch die Aufrechterhaltung der Geschichte des Anarcho-Syndikalismus und die öffentliche Unterstützung der Kämpfe unserer internationalen Schwesterorganisationen (z.B. der IWW). Die öffentliche Propagierung syndikalistischer Prinzipien geschieht nicht losgelöst von der praktischen Betriebsarbeit und der inhaltlichen Diskussion der Betriebsarbeit und der syndikalistischen Grundsätze, sondern die drei Bereiche Diskussion/Praxis/Propaganda stehen in einem inneren Zusammenhang.

5) Verhältnis zu Basisgruppen und Bürgerinitiativen

Wir verstehen unsere Organisation nicht als Konkurrenz zu bestehenden autonomen Basisgruppen und Bürgerinitiativen. Vielmehr unterstützen wir diese Bewegung und erweitern selbst in den verschiedenen Betrieben, Stadtteil- und Projektgruppen mit. Aber wir sind uns darüber im klaren, daß die Basisgruppen, in denen die verschiedensten politischen Richtungen vertreten sind, eine eigenständige anarcho-syndikalistische Organisation mit gesamtgesellschaftlicher Perspektive weder ersetzen können, noch aus ihrer eigenen Organisation bilden können. (Vergleiche dazu auch zum Verhältnis zu Basisgruppen). Es kann auch nicht unser Ziel sein, die Basisgruppen "übernehmen" zu wollen, aber allerdings wollen wir den libertären Einfluß in den Basisgruppen verstärken, d.h. die Grundsätze der direkten Demokratie, der Autonomie und der direkten Aktion in sie hineintragen. Wir wissen uns darüber klar sein, daß die Autonomie der Basisgruppen vor allem gefährdet ist durch die Vorgehensweise der autoritären kommunistischen oder reformistischen Gruppen, die immer wieder versuchen die Basisgruppen und Bürgerinitiativen vor ihren politischen Karrieren zu spalten. Einzelne libertäre sind viel entscheidender wichtig in der Lage, eine solche Strategie zu verhindern als eine libertäre Organisation. So sollte die Funktion unserer Initiative auch darin liegen, unsere Arbeit in den Basisgruppen zu diskutieren und zu koordinieren.

6) Verhältnis zum DGB

Da es unser langfristiges Ziel ist, eine revolutionäre Gewerkschaft aufzubauen, sind wir eine Konkurrenzorganisation zum DGB. Die Mitarbeit in den Gewerkschaften stellt sich für uns daher nur als taktische Frage, die nicht grundsätzlich mit ja oder nein beantwortet werden kann. Aufgrund der speziellen Verhältnisse im jeweiligen Betrieb und in der jeweiligen Gewerkschaftsgruppe muß die Frage der Gewerkschaftsarbeit von Fall zu Fall entschieden werden. Im letzten Fall darf die Frage der Gewerkschaftsarbeit eine libertäre Forderung unserer Initiative ist sowohl der Ort wo revolutionäre Gewerkschaftsmitglieder ihre Arbeit im DGB diskutieren und koordinieren können, als auch der Ort wo Gewerkschaftler gemeinsam mit Nicht-Gewerkschaftlern eine revolutionäre Betriebsarbeit entwickeln können. Im Rahmen unserer Schulungsarbeit erfolgt eine inhaltliche Auseinandersetzung über den DGB. Klar sollte auf jeden Fall sein, daß der DGB nur Arbeiterbereich und nicht Organisationszweck sein kann. Übernehmen werden wir den DGB-Appeal nicht können. Sobald, bzw. noch bevor eine syndikalistische Tendenz im DGB zur relevanten Kraft würde, würde es aus dem DGB rausgehen. Daraus geht es darum, schon jetzt den Ansatz einer möglichen Alternative zum DGB aufzubauen.

7) Die Funktion der zu schaffenden syndikalistischen Organisation

Unser langfristiges revolutionäres Ziel ist es, eine herrschaftsfreie und ausbeutungsfreie Gesellschaftsordnung herbeizuführen. Eine solche anarchistisch-kommunistische Gesellschaft benötigt eine Organisationsform, die es gewährleistet die Produktion und Verteilung der gesellschaftlich notwendigen Güter zu regeln, unter ständiger demokratischer Kontrolle der direkt betroffenen Produzenten und Konsumenten. Eine föderalistische, radikal-demokratische Selbstorganisation der Gesellschaft entsteht nicht spontan nach einer Revolution - genau so wenig, wie eine Revolution spontan entsteht. Spontane Gewalt und spontane demokratische Bewegungen haben sich gegen die gut organisierte Reaktion bzw. gegenüber gut organisierten neuen autoritären Herrschaftsansprüchen nicht halten können. Eine funktionierende und dauerhafte Organisation einer anarchischen Gesellschaft kann sich nur entwickeln aus einer vor der Revolution bestehenden wirtschaftlichen Kampforganisation, welche in der Revolution die Organisation der Produktion und Verteilung der Güter übernimmt. Die Struktur der

wirtschaftlichen Kampforganisation ist bestimmt durch das Ziel der Selbstverwaltung: föderalistisch, sowohl industriell wie regional organisiert, direkt und demokratisch kontrolliert durch die Mitglieder. So hat die Anarchie das Ziel und der Syndikalismus das Mittel um dieses Ziel zu erreichen. Diese zukünftige Funktion ist jedoch nicht der einzige Zweck einer syndikalistischen Organisation. Ihre Aufgabe ist es, im ständigen Tageskampf sehr Rechte und Freiheiten für die Arbeiter, bessere Arbeitsbedingungen und bessere Lebensbedingungen, höhere Löhne und mehr Freizeit zu erringen. Gerade durch die Verflechtung des DGB mit Kapital und Staat, durch die von ihm präparierte "Gewerkschaftsstruktur", wird in der sich ausbreitenden wirtschaftlichen Krise in der BRD (Arbeitslosigkeit, Einfrieren der Löhne, verschärfter Druck an Arbeitsplätze) das Fehlen einer echten gewerkschaftlichen Kampforganisation immer deutlicher. Aber auch eine anarcho-syndikalistische Organisation entsteht nicht spontan "von selbst". Sie erfordert eine langjährige systematische Vorbereitung. Genauer wie die syndikalistische Organisationsstruktur der künftigen Gesellschaft anzusehen vorzugehen, versuchen wir in der Aufbauorganisation bereits die Strukturen einer echten syndikalistischen Organisation in Ansatz zu bringen. Es zeichnen sich also für den von uns angestrebten revolutionären Weg drei Phasen ab: a) Aufbau- und Propagandorganisation b) syndikalistische Organisation c) Selbstverwaltungsorganisation der Produzenten und Konsumenten.

Dabei sind die Übergänge keine abrupten Brüche, sondern fließend.

8) zum Vorwurf, das Bedürfnis nach einer syndikalistischen Organisation sei noch nicht vorhanden

Uns ist vorgeworfen worden, wir würden eine künstliche Organisation schaffen wollen, bevor an der Basis ein echtes Bedürfnis danach bestünde. Gleichzeitig würden wir damit Strukturen vorgeben, die später potentiell Mitglieder nicht mehr beeinflussen können. Dazu ist zu sagen, daß gerade die Prinzipien der direkten Demokratie in der Organisation und der Autonomie der örtlichen und industriellen Gruppen gewährleisten, daß keine "unüberwindlichen Tatsachen" geschaffen werden. Wir sind jederzeit bereit, unsere organisatorischen Regelungen neu zu diskutieren und auf Mehrheitsbeschlüsse zu ändern. Unverzichtbare Grundsätze sind nur: Anti-Staatlichkeit, Anti-Militarismus, Primat der demokratischen Aktion, direkte Demokratie und Föderalismus.

Eine revolutionäre Organisation fällt nicht vom Himmel, sondern ist ein langwieriger Prozeß mit vielen Rückschlägen und Durchbrüchen. Gerade unter den Bedingungen der verstärkten Repressionen durch Unternehmer und Staat ist es notwendig, daß sich die wenigen revolutionäre Zusammenschlüsse. Deshalb können und wollen wir mit der organisatorischen Strukturierung nicht warten, bis irgendwann in der Zukunft plötzlich bei den "Massen" das Bedürfnis da ist. Im Jetzt in syndikalistischen Sinne zu arbeiten müssen wir um eine verbindliche Struktur geben. Es genügt nicht, den Massen immer wieder zuzurufen "organisiert euch!", ohne diese Aufforderung auf eine libertäre selbst anzuwenden. Wir haben heute das Bedürfnis nach einer syndikalistischen Organisation, daher gehen wir heute daran, eine solche aufzubauen. Erfolg kann die Initiative nur dann haben, wenn sie wirklich von den libertären und Anarcho-Syndikalisten die in den Betrieben arbeiten, unterstützt wird. Sonst gelingt nicht einmal der erste Schritt die Schaffung einer organisatorischen Diskussionsebene. Die verständliche Haltung vieler Genossen ist es, abwarten und beobachten, wie wir uns entwickeln - führt leider dazu, daß wir uns kaum entwickeln. Die bewußt anti-autoritäre Tendenz in der Arbeiterbewegung ist in Deutschland schwach genug. Im übrigen ist die Größe und Stärke einer Organisation kein Maßstab für ihre Güte und Nützlichkeit - sonst wäre die SPD ja eine tolle Organisation!

9) Historische Tradition und internationaler Zusammenhang

Wenn auch die historische FAUD mit der Biedersee im Faschismus endete, so haben wir doch keinen Grund, die Geschichte des deutschen Anarcho-Syndikalismus zu verweigern. Zwar sind einzelne Organisationsmomente der alten FAUD heute überholt, und der moderne Kapitalismus und Imperialismus verlangt eine neue Analyse, die vor 60 Jahren nicht geleistet werden konnte, aber die Grundprinzipien der FAUD sind auch heute noch richtig. Wir stehen ideologisch in der Tradition des europäischen Anarcho-Syndikalismus, der in Deutschland seinen Ausdruck in der FAUD fand. Diesen geschichtlichen Bewußtsein bringen wir in unsere Namen zum Ausdruck. Dies kann selbstverständlich nicht bedeuten, die alte FAUD zu kopieren und die Geschichte wiederholen zu wollen. Der historische Bezug rettet und nicht vor der Notwendigkeit, eigene Gedanken zu entwickeln und eventuell vor Fehlern zu warnen, die in der Geschichte der Arbeiterbewegung bereits gemacht wurden. Gleichzeitig mit dem Versuch, die freie Arbeiter Union in Deutschland wieder aufzubauen, bemühen wir uns gemeinsam mit den internationalen Schwesterorganisationen um die Wiederbelebung der nach bestehenden internationalen Arbeiter Assoziation (die syndikalistische internationale), deren deutsche Sektion wir heute wieder bilden. Mit dem Wieder-Erstarken der spanischen CNT gewinnt auch die IAA an Bedeutung, was unseren Organisationsanstrengungen in Deutschland nur unterstützen kann.

Die F.A.U.-nord gibt eine Zeitung mit Namen:

"direkte Aktion" heraus. Bezug über:

P. Teichert
Holstenstr. 196
2000 Hamburg 50



wir arbeiter
haben kein vaterland

Nachrichten aus Griechenland

Nach dem Tod von Bader, Hasalis und Range gab es in mehreren europäischen Ländern Demonstrationen.

In Griechenland waren sie gewalttätig und gewalttätiger als in anderen Ländern. Es gab auch wesentlich mehr Verhaftungen und auch ganz erhebliche Gefängnisstrafen.

Diese Ereignisse sind nur ein Teil in der bürgerlichen Presse verschwiegen worden.

Am 18. Oktober war Christos Konstantinidis verhaftet worden, als er mit 50 Leuten durch die Straßen von Athen zog und zu einer Demonstration in den folgenden Tagen aufrief. Er wurde sofort verhaftet und ohne Prozess abgeführt.

Am nächsten Tag, dem Tag seiner Gerichtsverhandlung, hatte er offensichtlich starke Schmerzen, und war kaum fähig der Verhandlung konzentriert zu folgen.

Der Staatsanwalt gestand zu, daß er einmal geschlagen habe und auch niemand verletzt hätte, aber indirekt dazu aufrufen hätte.

Konstantinidis fragte während der Verhandlung nach Medikamenten, die ihm aber nicht ausgereicht wurden. Der Verteidiger von Konstantinidis meinte, er sei sich selbst so überflüssig vorgekom-

men wie bei diesem Prozeß. Christos Konstantinidis bekam 3 1/2 Jahre Haft.

In den folgenden Tagen wurden die Herausgeber mehrerer anarchistischer Zeitungen festgenommen und waren nun auf ihre Prozesse in kommenden Jahr.

Nach einer Demo in Thessaloniki kam es zu einem schweren Zusammenstoß mit dem antischönjäger.

13 Personen wurden festgenommen und erhielten verhältnismäßig hohe Freiheitsstrafen.

ABF-Kontakte: Info-Büro der ABF
c/o: Karin Bauer
postfach 161
717 Schwäbisch Hall

bulletin-vertrieb:
postfach 2531
752 Bruchsal

freiheitliche sozialisten
postfach 4528
75 Karlsruhe

libertäre sozialisten
postfach 12
6831 Neulandheim